

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ auf dem
Ökumenischen Kirchentag in München

Sie finden uns vom 12.-16. Mai 2010 im Zentrum „Dialog mit
den Wissenschaften“: Messehalle B3, gleich rechts hinter dem
Eingang Tor 6. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

S P E R R F R I S T: Montag, 17. Mai, 1.00 Uhr

„Die Deutsche Islam Konferenz könnte scheitern“

Politikwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Schubert und Hendrik Meyer über die Zukunft der Integrationspolitik

Frankfurt/Münster, 17. Mai 2010 (exc) Die für Montag geplante zweite Auflage der Deutschen Islam Konferenz (DIK) droht nach Ansicht der Münsteraner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Schubert und Hendrik Meyer zu scheitern. „Die Konferenz sollte nicht nur dem Dialog der Politik mit dem Islam dienen, sondern auch die Basis für einen offenen Dialog aller relevanten Interessengruppen und Strömungen des Islam untereinander bilden“, schreiben sie in einem Gastbeitrag, der am Montag in der Frankfurter Rundschau erscheint. Das sei nicht mehr möglich, nachdem der Zentralrat der Muslime (ZMD) seine Teilnahme abgesagt habe. Die ursprünglich richtigen Ziele der DIK, mit allen Vertretern des Islam auf Bundesebene zu diskutieren, seien damit vorerst verfehlt.

Neben dem ZMD wird auch der Islamrat (IR) nicht an der Islamkonferenz teilnehmen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte ihn laut Schubert und Meyer „faktisch ausgeladen“. In der Islamkonferenz werden nun zwei der vier islamischen Organisationen fehlen, die den Koordinierungsrat der Muslime (KRM) bilden – „ein Gremium, das eigentlich für die Bundesregierung dauerhafter Ansprechpartner für die Interessen der Muslime in Deutschland sein sollte“, wie Schubert und Meyer weiter ausführen. Damit drohe die Idee einer einheitlichen Vertretung der Muslime in Deutschland obsolet zu werden. Das sei „mehr als ein herber Rückschlag“ für die Integrationsbemühungen in Deutschland.

Ob der Rückzug des Zentralrates das Ende der DIK insgesamt bedeutet, ist laut Meyer und Schubert noch nicht eindeutig zu sagen. Der Erfolg der ersten Phase der DIK habe in der Symbolik gelegen, die Muslime in Deutschland und ihren Glauben in seiner Vielfalt politisch und sozial anzuerkennen. Die konkreten Schritte praktischer Integration müssten aber auf der lokalen Ebene geschehen, in den Ländern und insbesondere in den Städten und Gemeinden; wichtige Ansprechpartner seien die Moscheegemeinden. Die DIK trage diesem Umstand insofern Rechnung, als auf staatlicher Seite Länder und Kommunen jetzt stärker vertreten seien als in der ersten Phase der Konferenz, schreiben Meyer und Schubert. „Unterbleibt auf Bundesebene allerdings die alle islamischen Strömungen einbindende symbolische Politik, werden die faktischen Integrationschritte auf lokaler Ebene massiv erschwert.“ (arn)

S P E R R F R I S T: Montag, 17. Mai, 1.00 Uhr

Prof. Dr. Klaus Schubert ist Leiter des Projekts „Der Koordinationsrat der Muslime – Integration durch politische Steuerung?“ im Exzellenzcluster Religion und Politik der WWU Münster. Hendrik Meyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in diesem Projekt. Weitere Informationen auf den Seiten des Exzellenzclusters:
<http://www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/forschung/projekte/c15.html>

Kontakt:

Dr. Holger Arning
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters "Religion und Politik"
Johannisstraße 1-4
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376
Fax: 0251/83-23246
religionundpolitik@uni-muenster.de

„Religion und Politik“ - Der Exzellenzcluster der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster forschen rund 200 WissenschaftlerInnen aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und elf Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis zwischen Religion und Politik von der Antike bis zur Gegenwart und von Lateinamerika über Europa bis in die asiatische und arabische Welt. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den deutschlandweit 37 Exzellenzclustern der einzige zum Thema Religionen. Bund und Länder fördern das Vorhaben im Rahmen der Exzellenzinitiative bis 2012 mit 37 Millionen Euro.